

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Einleitung .....	1
Teil 1: Paradigmen zur Beschreibung der Veränderungen des internationalen Rechtssystems .....	9
A. <i>Die These einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts</i> .....	9
I. Die Formulierung der Konstitutionalisierungsthese vor dem Hintergrund der klassischen zwischenstaatlichen (westfälischen) Ordnung des Völkerrechts .....	9
1. Das Völkerrecht im klassischen zwischenstaatlichen Modell .....	9
2. Bedeutungsverlust des klassischen bilateralen völkerrechtswissenschaftlichen Paradigmas zur Beschreibung des Völkerrechts .....	10
3. Treiber der als Konstitutionalisierung des Völkerrechts beschriebenen Veränderungen .....	11
II. Die These von der Konstitutionalisierung des Völkerrechts .....	13
1. Einführung: Die Deutung von Veränderungen im internationalen Rechtssystem als Konstitutionalisierung .....	13
2. Die normative Dimension der Konstitutionalisierung – die Entstehung gemeinsamer Werte und die auf diese ausgerichtete Finalität völkerrechtlicher Regime .....	17
a) Paradigmenwechsel von staatlicher Souveränität hin zu Werten im Völkerrecht .....	17
b) Wirkungsweise völkerrechtlicher Normen infolge der Strukturierung durch Werte – die dogmatischen Rechtsfiguren des <i>ius cogens</i> und der Normen mit Wirkung <i>erga omnes</i> .....	21
c) Gemeinsame Werte zur Strukturierung des Umweltvölkerrechts und des hoheitsfreien Raumes .....	23
aa) Der Schutz der Umwelt als gemeinsamer Wert und rechtliche Pflicht .....	23

bb) Die Konvergenz von Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung zum Gemeinwert und Ideal der nachhaltigen Entwicklung .....	25
cc) Statusprinzipien als Werte des Umweltvölkerrechts für spezifische Umweltgüter .....	31
d) Die Rechtsnatur von Werten im Völkerrecht .....	33
3. Die institutionelle Dimension der Konstitutionalisierung des Völkerrechts .....	35
a) Einleitung .....	35
b) Funktionen und Kompetenzen internationaler Institutionen .....	36
c) Verfassungsrechtliche Garantien und die Begrenzung von Herrschaftsgewalt internationaler Institutionen .....	39
d) Das Verhältnis zwischen internationaler und staatlicher normativer Ebene .....	47
(1) Die institutionelle Einbettung des Staates in internationale Organisationen und Vertragsregime .....	48
(2) Das Verhältnis der normativen Ebenen des Völkerrechts und des staatlichen Rechts .....	49
e) Institutionalisierung im Umweltvölkerrecht .....	51
4. Die personale Dimension der Konstitutionalisierungsthese – der Durchgriff von völkerrechtlicher auf die staatliche Ebene und die Völkerrechtssubjektivität nichtstaatlicher Akteure .....	54
a) Die Notwendigkeit der Anerkennung nichtstaatlicher Akteure .....	55
b) Das menschliche Individuum als legitimatorischer Fluchtpunkt der Konstitutionalisierungsthese und die Völkerrechtssubjektivität .....	56
c) Wirtschaftskonzerne und sonstige nichtstaatliche Akteure .....	57
5. Die Neubegründung der Legitimität des Völkerrechts von einem konstitutionellen Betrachtungspunkt .....	59
6. Konstitutionalisierung und Fragmentierung des Völkerrechts .....	64
<b>B. Das Modell des Global Administrative Law zur Beschreibung struktureller Veränderungen des internationalen Rechtssystems .....</b>	<b>66</b>
I. Das Entstehen eines <i>Global Administrative Law</i> und die Aufhebung einer horizontalen, zwischenstaatlichen und von innerstaatlichem Recht getrennten Struktur des Völkerrechts .....	68
1. Die Aufhebung der Dualität von zwischenstaatlichem und innerstaatlichem Recht .....	68
2. Akteure und Adressaten des <i>Global Administrative Law</i> – die Aufhebung der klassischen Trennung zwischen völkerrechtlichen und innerstaatlichen Rechtssubjekten .....	70

3. Handlungsformen transnationaler Regulierungsmechanismen – die Aufhebung der Dichotomie rechtlich verbindlicher und unverbindlicher Normen .....	71
II. Die Verrechtlichung globaler Gubernanz durch <i>Global Administrative Law</i> .....	72
1. Die Übertragung verwaltungsrechtlicher Mechanismen auf transnationale Regulierungsmechanismen .....	72
2. Die Rechtsqualität des <i>Global Administrative Law</i> und die klassische völkerrechtliche Rechtsquellenlehre .....	75
III. Die institutionelle Dimension im Strukturmodell des <i>Global Administrative Law</i> .....	78
1. Die konzeptionelle Beschaffenheit des <i>Global Administrative Space</i> .....	78
2. Die konzeptionelle Funktion und Rolle prototypischer Akteure im <i>Global Administrative Space</i> .....	80
a) Die Funktion und Stellung von Staaten im <i>Global Administrative Space</i> .....	80
b) Die Funktion und Stellung nichtstaatlicher Akteure im <i>Global Administrative Space</i> .....	81
c) Aufgaben und Funktionen von Institutionen der Streitbeilegung im <i>Global Administrative Law</i> .....	82
IV. Die Rekonstruktion von Legitimität im <i>Global Administrative Law</i> .....	82
1. Der kompensatorische und im Vergleich reduktionistische Ansatz von Legitimierung im Modell des <i>Global Administrative Law</i> .....	83
2. Die Beschaffenheit der mittels der Mechanismen des <i>Global Administrative Law</i> vermittelten Legitimität .....	85
3. Anerkennung und Berücksichtigung von wem? Die Finalität des <i>Global Administrative Law</i> und seiner Mechanismen .....	87
C. <i>Das Modell der internationalen öffentlichen Gewalt (International Public Authority)</i> .....	89
I. Die Konzeptualisierung globaler Gubernanz als Ausübung internationaler öffentlicher Gewalt .....	90
1. Die Entwicklung eines Begriffs internationaler öffentlicher Gewalt als Ausgangspunkt eines Legitimationsbedürfnisses globaler Gubernanz .....	92
a) Kriterien zur Bestimmung von <i>International Public Authority</i> (1): das Potenzial der unilateralen Determinierung Dritter .....	93
b) Kriterien zur Bestimmung von <i>International Public Authority</i> (2): die öffentlich-rechtliche Rechtsgrundlage der Ausübung von Herrschaftsgewalt .....	94
c) Die Qualifikation supranationaler Herrschaftsgewalt als öffentlicher und nicht privater Natur .....	96

2. Die Kritik des <i>International Public Authority</i> -Ansatzes am Diskurs der Konstitutionalisierung des Völkerrechts .....	97
3. Die Kritik des <i>International Public Authority</i> -Ansatzes am <i>Global Administrative Law</i> -Diskurs .....	99
a) Die Vermischung der innerstaatlichen und supranationalen Rechtsebenen und das Fehlen einer positiven Rechtsgrundlage .....	99
b) Die abzulehnende Kategorisierung jedweder supranationalen Hoheitsgewalt als verwaltungsrechtlicher Natur .....	101
c) Die Begrenztheit einer Legitimation mittels verwaltungsrechtlicher Prinzipien und die Möglichkeit der Legitimierung durch Prinzipien des öffentlichen Rechts allgemein .....	102
II. Die Rekonstruktion von Legitimität basierend auf der Konzeptualisierung globaler Gouvernanz als internationaler öffentlicher Gewalt .....	103
1. Verrechtlichung basierend auf dem Recht der internationalen Institutionen ( <i>international institutional law</i> ) .....	105
2. Prinzipienbildung .....	107
3. Die Schaffung einer Handlungsformenlehre und die Entwicklung von Standardinstrumenten internationaler öffentlicher Gewalt	110
D. Zusammenfassung und Ausblick .....	111
 Teil 2: Die Regime über Schutz und Nutzung der staatsfreien Räume .....	113
A. Die materiellrechtliche Regulierung des Tiefseebergbaus und anderer Meeresnutzungsformen .....	114
I. Der naturwissenschaftliche und technische Rahmen des Tiefseebergbaus und anderer Meeresnutzungsformen .....	115
1. Die Verzonung des Meeres als Ausgangspunkt völkerrechtlicher Regulierung .....	115
2. Die natürlichen leblosen Ressourcen des Tiefseebodens und des Untergrundes .....	116
a) Manganknollen (polymetallische Knollen) .....	116
b) Mangankrusten .....	117
c) Polymetallische Sulfide .....	118
d) Sonstige leblose Rohstoffe des Meeresbodens .....	119
3. Die natürlichen lebendigen Ressourcen der Hohen See und des Tiefseebodens .....	119
4. Technik und ökologische Folgen des Tiefseebergbaus und der anderen Meeresnutzungsformen .....	120
a) Prospektierungs- und Explorationstechnik im Tiefseebergbau .....	121

aa) Techniken zum Abbau der Ressourcen .....	121
bb) Die Technik zum Abbau von Manganknollen .....	122
cc) Die Technik zum Abbau von Mangankrusten .....	123
dd) Die Technik zum Abbau von polymetallischen Sulfidlagerstätten .....	124
b) Gefahren für die Umwelt durch tiefseebergbauliche Aktivitäten .....	125
aa) Ökologische Folgen des Manganknollenabbaus .....	125
bb) Ökologische Folgen des Abbaus von Mangankrusten	127
cc) Ökologische Folgen des Abbaus polymetallischer Sulfidlagerstätten .....	128
dd) Zwischenergebnis .....	129
c) Gefahren infolge des Zugriffs auf die lebendigen Ressourcen der Hohen See und des Meeres .....	130
II. Die Verpflichtung zum Schutz der Umwelt als Gemeinwert in Teil XII SRÜ .....	130
1. Die Entstehung der Nutzungsregime über die staatsfreien Räume des Meeres und des Tiefseebodens .....	130
2. Die Konstituierung des Umweltschutzes als Gemeinwert in Teil XII SRÜ .....	133
a) Der Begriff der Meeresumwelt und ihr Schutz .....	135
b) Substanzielle Umweltschutzverpflichtungen gemäß Art. 192 ff. SRÜ .....	137
aa) Die Pflicht zum Schutz und Erhalt der Meeresumwelt – Art. 192 SRÜ .....	138
bb) Verpflichtung zur Ergreifung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und zur Bekämpfung sämtlicher Verschmutzungsursachen – Art. 194 SRÜ .....	139
cc) Die Kodifikation des Ökosystemansatzes – Art. 194 Abs. 5 SRÜ .....	140
dd) Ursprungsprinzip und Technologieansatz – Art. 195, 196 SRÜ .....	141
ee) Maritimer Umweltschutz auf der Grundlage des Seerechtsübereinkommens als Gemeinwert im Sinne des Konstitutionalisierungsdiskurses .....	142
c) Prozedurale Umweltschutzverpflichtungen der Zusammenarbeit und Kooperation .....	143
3. Charakter und Bindungswirkungen der Verpflichtungen zum Umweltschutz .....	145
a) <i>Ius cogens</i> .....	145
b) Verpflichtungsweise <i>erga omnes</i> .....	149
c) Würdigung des Umweltschutzregimes der Seerechtskonvention .....	152

III.	Normative Konkretisierung – die Umweltschutzbestimmungen im Regelwerk der Internationalen Meeresbodenbehörde ( <i>International Seabed Authority</i> ) .....	154
1.	Entwicklung von Begriffsbestimmungen auf der Grundlage der Seerechtskonvention .....	155
2.	Die Definition der Meeressumwelt und des Umweltschadens .....	157
3.	Inkorporation des Verhinderungsprinzips ( <i>prevention principle</i> ) .....	159
4.	Inkorporation des Vorsorgeprinzips ( <i>precautionary principle</i> ) .....	159
a)	Risiko .....	162
b)	Schaden .....	162
c)	Wissenschaftliche Ungewissheit .....	163
d)	Relativität der Vorsorgepflicht angesichts divergierender technologischer und wirtschaftlicher Fähigkeiten ( <i>differentiated capabilities</i> ) der Staaten .....	164
e)	Abgrenzung zwischen Verhinderungsprinzip und Vorsorgeprinzip .....	165
5.	Die Verpflichtung zur Anwendung von <i>best environmental practices</i> .....	167
IV.	Normative Konkretisierungen der Umweltschutzbestimmungen im Abkommen über den Zugriff auf genetische Ressourcen im staatsfreien Raum .....	169
V.	Prozeduralisierung des Umweltschutzes durch institutionalisierte Verfahren .....	171
1.	Die Regulierung des <i>prospecting</i> im Tiefseebergbauregime .....	174
2.	Das Zulassungsverfahren zur Exploration im Tiefseebergbauregime .....	175
a)	Inhalt des Antrages .....	176
b)	Schranken der Zulassung .....	178
c)	Der Entscheidungsmechanismus .....	178
3.	Die Überwachung nach der Zulassung zur Exploration im Tiefseebergbauregime .....	179
a)	Pflichten des Tiefseebergbaubetreibers .....	180
b)	Pflichten der Internationalen Meeresbodenbehörde .....	181
c)	Pflichten der befürwortenden Staaten bei der Regulierung konkreter Abbauaktivitäten .....	182
4.	Die dynamische Konkretisierung der Umweltschutzstandards durch Tertiärrecht – die Empfehlungen der Rechts- und Fachkommission im Tiefseebergbauregime .....	182
VI.	Zusammenfassung: Normative Konkretisierung durch Inkorporation von Prinzipien und Prozeduralisierung im Lichte der Konstitutionalisierungsthese und des <i>Global Administrative Law</i> .....	183
B.	<i>Verrechtlichung und Systematisierung – Einheit oder Fragment</i> .....	184

I.	Systematisierung und Verrechtlichung durch Prinzipienbildung . . . . .	185
1.	Prinzipien als Instrumente der Verrechtlichung und Systematisierung in Konstitutionalisierungsthese, <i>Global Administrative Law</i> und <i>International Public Authority</i> -Modell . . . . .	185
2.	Verhinderung und Vorsorge als Prinzipien und deren Funktion im Tiefseebergbauregime . . . . .	187
3.	Das Statusprinzip des <i>common heritage of mankind</i> und seine Funktion im Tiefseebergbauregime . . . . .	190
a)	Herkunft und Entstehung des <i>common heritage of mankind</i> -Prinzips . . . . .	191
b)	Elemente des <i>common heritage of mankind</i> -Prinzips . . . . .	193
aa)	Nichtanerkennung hoheitlicher Souveränität und Verbot der Aneignung . . . . .	195
bb)	Grundsatz der Demilitarisierung . . . . .	195
cc)	Forschungsfreiheit . . . . .	195
dd)	Nutzungsrechte . . . . .	196
(1)	Der allgemeine und gleiche Zugang . . . . .	197
(2)	Die Allgemeinnützigkeit des Ressourcenzugriffs . . . . .	197
ee)	Internationalisierte Verwaltung als Vorgabe der Institutionalisierung . . . . .	198
ff)	Umweltschutz als inhärentes Element des <i>common heritage of mankind</i> -Status? . . . . .	199
c)	Modifikationen an der Kodifikation des <i>common heritage of mankind</i> -Prinzips im Seevölkerrecht durch das Durchführungsbübereinkommen von 1994 . . . . .	202
d)	Geltung und Rechtsstatus . . . . .	203
e)	Das <i>common heritage of mankind</i> -Prinzip als Verfassungsprinzip . . . . .	204
aa)	Die durch das <i>common heritage of mankind</i> -Prinzip bedingte Hierarchisierung völkerrechtlicher Normen . . . . .	204
bb)	Das <i>common heritage of mankind</i> -Prinzip als Imperativ zur Schaffung eines institutionalisierten Regimes . . . . .	205
cc)	Das <i>common heritage of mankind</i> -Prinzip als Ausdruck eines Gemeinwertes . . . . .	207
f)	Die Einordnung des Prinzips vor dem Hintergrund des <i>International Public Authority</i> -Modells . . . . .	210
II.	Einheit oder Fragmentierung des Völkerrechts? Das Tiefseebergbauregime und sein Verhältnis zum allgemeinen Völkerrecht und Umweltvölkerrecht . . . . .	212
1.	Das Tiefseebergbauregime und der Diskurs über die nachhaltige Entwicklung . . . . .	214
2.	Integration durch abstrakte Prinzipien . . . . .	217
3.	Sektoralität – die Partialität des Umweltschutzes ausgehend von der jeweiligen Nutzungsform . . . . .	219

4. Integration durch Rekurs auf die Regeln der Staatenverantwortlichkeit als Grundsätze der Risikoverteilung – das Haftungsregime für den Tiefseebergbau .....	222
a) Die Haftung des Staates nach dem allgemeinen völkerrechtlichen Recht der Staatenverantwortlichkeit .....	224
b) Die Haftung des Staates als unmittelbarer Betreiber von Tiefseebergbauaktivitäten .....	227
c) Die Haftung des Staates als Befürworter im Sinne von Art. 153 Abs. 2 SRÜ .....	227
d) Der Rechtsfolgenseite der Haftung .....	230
5. Zusammenfassung .....	232
C. <i>Institutionalisierung in den völkerrechtlichen Regimen über die staatsfreien Räume</i> .....	233
I. Institutionalisierung aus Sicht der Konstitutionalisierungsthese, des <i>Global Administrative Law</i> und des <i>International Public Authority</i> -Ansatzes .....	234
II. Die Institutionen des Tiefseebergbauregimes und deren Organe .....	236
III. Die institutionelle Struktur im Regime über den Zugriff auf genetische Ressourcen im staatsfreien Raum .....	240
IV. Die Legislativfunktion der Internationalen Meeresbodenbehörde – die Schaffung des <i>Mining Code</i> .....	241
1. Primärrechtliche Vorgaben des Seerechtsübereinkommens für die Schaffung des <i>Mining Code</i> .....	241
2. Verfahren der Erarbeitung des sekundären Regelwerkes .....	242
3. Sonderfall: Die Erarbeitung des ersten Teils des <i>Mining Code</i> durch die Vorbereitungskommission vor der Errichtung der Internationalen Meeresbodenbehörde .....	244
4. <i>Accountability</i> -Mechanismen oder <i>Global Administrative Law</i> -Normen im Rechtssetzungsverfahren .....	247
a) Die Erforderlichkeit der Ausrichtung von Mechanismen der Rechenschaftspflichtigkeit ( <i>accountability</i> ) auf den Schutz Betroffener im <i>GAL</i> -Diskurs .....	248
b) Transparenz .....	250
c) Partizipationsrechte .....	253
d) Entscheidungsbegründung .....	257
e) Mechanismen der Entscheidungsüberprüfung ( <i>review mechanisms</i> ) in Bezug auf den Erlass des Regelwerks .....	258
5. Legitimation vor dem Hintergrund des <i>International Public Authority</i> -Ansatzes .....	260
a) Die Legislativfunktion als Ausübung internationaler öffentlicher Gewalt .....	260

b)	Bestehende öffentlich-rechtliche Normen zur Konstituierung und Begrenzung der Legislativfunktion .....	261
aa)	Öffentlich-rechtliche Normen der Partizipation am Rechtssetzungsprozess .....	261
bb)	Gerichtliche Normenkontrolle der Sekundärgesetzgebung .....	264
c)	Die Möglichkeit der Entwicklung öffentlich-rechtlicher Mechanismen der Konstitution und Begrenzung der Legislativkompetenz .....	265
d)	Zusammenfassung und Bewertung .....	266
6.	Legitimation der Rechtssetzungskompetenz aus konstitutionalistischer Perspektive .....	267
a)	Die demokratische Legitimation der Legislativkompetenz .....	268
aa)	Demokratisierung durch demokratische Staaten .....	271
(1)	Defizite einer Mediatisierung demokratischer Willensbildung durch Staaten .....	271
(2)	Das Problem einer innerorganisatorisch hinreichend bestehenden Beteiligung von Staaten am Rechtssetzungsprozess .....	272
(3)	Zusammenfassung und Bewertung .....	274
bb)	Demokratisierung durch zivilgesellschaftliche Beteiligung .....	275
b)	Gewaltenteilung, Rechtsstaatsprinzip und <i>rule of law</i> .....	278
V.	Tertiärrecht – die Möglichkeit der Rechtssetzung durch die Rechts- und Fachkommission in Form von Empfehlungen .....	280
1.	Die rechtliche Bindungswirkung der Empfehlungen .....	281
2.	Möglichkeiten der Legitimation der Tertiärrechtssetzungskompetenz nach den drei Modellen .....	286
VI.	Exekutive Regulierung durch die Internationale Meeresbodenbehörde – die Handlungsformen .....	288
1.	Die Exekutivkompetenzen der Internationalen Meeresbodenbehörde .....	288
a)	Die Lizenzvergabe durch die Internationale Meeresbodenbehörde mittels Vertragsschluss .....	289
b)	Die Einrichtung von maritimen Schutzgebieten ( <i>marine protected areas</i> ) durch <i>environmental management plans</i> .....	291
aa)	Normative Grundlagen für die Errichtung von Meeresschutzgebieten .....	291
bb)	Der Diskurs über die Errichtung von Schutzzonen im Umweltvölkerrecht .....	293
cc)	Die exekutive Handlungsform der Errichtung maritimer Schutzgebiete – <i>environmental management plans</i> .....	295
c)	Listung gefährlicher und verbotener bzw. ungefährlicher Verhaltensweisen .....	297

d) Notfallanordnungen ( <i>emergency orders</i> ) .....	298
e) Sanktionierung von Verstößen gegen Rechtspflichten .....	299
2. Exekutives regulatorisches Handeln der Internationalen Meeresbodenbehörde vor dem Hintergrund der drei Paradigmen .....	300
a) Die Verrechtlichung exekutiver Handlungsformen aus der Sicht des <i>Global Administrative Law</i> .....	301
aa) Die Lizenzvergabe durch die Internationale Meeresbodenbehörde .....	302
bb) Die Umweltmanagementpläne .....	303
cc) Die Listung gefährdender oder gebotener Aktivitäten .....	305
dd) Notfallanordnungen .....	306
ee) Die Sanktionierung der Vertragsnehmer bei Vertragsverstößen .....	306
b) Die Legitimation exekutiver öffentlicher Gewalt im <i>International Public Authority</i> -Ansatz .....	307
aa) Die Handlungsformenlehre des <i>International Public Authority</i> -Ansatzes .....	307
bb) Formen regulatorischen Handelns der Internationalen Meeresbodenbehörde aus Sicht der Handlungsformenlehre des <i>IPA</i> -Ansatzes .....	310
(1) Die Lizenzverträge als Handlungsform .....	311
(2) Die Umweltmanagementpläne als Handlungsform .....	312
(3) Listung gefährdender Aktivitäten .....	315
(4) Notfallanordnungen .....	316
(5) Das Sanktionenregime .....	316
cc) Zusammenfassung .....	317
c) Die Legitimation der exekutiven Handlungsinstrumente aus Sicht des Konstitutionalisierungsmodells .....	317
aa) Lizenzvergabe zum Betreiben des Tiefseebergbaus auf dem Wege des Vertragsschlusses .....	319
bb) Der Erlass von Umweltmanagementplänen .....	320
cc) Die Listung verbotener und gebotener Aktivitäten, Notfallanordnungen und Sanktionen .....	322
dd) Zusammenfassung .....	322
VII. Funktionen der Streitbeilegung im Völkerrecht und der Streitbeilegungsmechanismus im Tiefseebergbauregime .....	322
1. Befriedigungsfunktion .....	323
2. Rechtsschutzfunktion und Kontrolle der Verwaltung .....	325
3. Stabilisierung normativer Erwartungen – Herstellung von Einheit und Kohärenz des Rechtssystems .....	328
a) Der Umfang der erwarteten normativen Stabilisierung in den drei Modellen .....	329

b)	Die Stabilisierung normativer Erwartungen und die Herstellung rechtssystematischer Kohärenz im Tiefseebergbauregime .....	331
aa)	Zentralisierung des Streitbeilegungsmechanismus .....	332
bb)	Herstellung von Kohärenz zwischen den normativen Ebenen des Völkerrechts und des innerstaatlichen Rechts .....	335
cc)	Stabilisierung normativer Erwartungen gerichtet auf die rechtliche Validierung von Gemeinwerten .....	337
4.	Rechtsfortbildung .....	338
D.	<i>Akteure und Völkerrechtssubjektivität – die personale Dimension der Regime der staatsfreien Räume und des Tiefseebergbauregimes</i> .....	346
I.	Akteure und Völkerrechtssubjektivität in den drei Modellen .....	347
II.	Die Meeresbodenzugangsordnung zum Zweck des Tiefseebergbaus .....	350
1.	Der Zugang des Unternehmens .....	352
2.	Tiefseebergbauaktivitäten unmittelbar durch Staaten .....	354
3.	Der mittelbare Betrieb von Tiefseebergbauaktivitäten durch Staaten auf dem Wege der Befürwortung nichtstaatlicher Akteure .....	355
III.	Der Zugriff auf genetische Ressourcen im staatsfreien Raum .....	356
IV.	Private Akteure im Tiefseebergbauregime .....	357
1.	Rechtsstellung nichtstaatlicher Akteure als Betreiber tiefseebergbaulicher Aktivitäten .....	357
2.	Das Recht Privater – Selbstregulierung der Tiefseebergbauindustrie .....	364
V.	Der Staat und staatliches Recht in den Regimen über die Gouvernanz der staatsfreien Räume .....	368
1.	Aufgaben, Rolle und Bedeutung des Staates aus Sicht der drei Modelle .....	368
2.	Die veränderte Rolle und Funktion des Staates im Tiefseebergbauregime .....	372
a)	Der Staat als Vertragsstaat des Seerechtsübereinkommens und seine Rolle im Tiefseebergbauregime .....	373
b)	Staaten als Organe der Kontrolle des Tiefseebergbauregimes – der Befürwortungsmechanismus .....	374
c)	Staaten als unmittelbare Betreiber tiefseebergbaulicher Aktivitäten .....	380
3.	Das Verhältnis zwischen Völkerrecht und staatlichem Recht .....	381
VI.	<i>Mankind als Rechtssubjekt des Völkerrechts</i> .....	383
E.	<i>Legitimität der völkerrechtlichen Regime über die staatsfreien Räume</i> .....	387

I.	Legitimität im Konstitutionalisierungsdiskurs .....	388
1.	Die demokratische Legitimation des Tiefseebergbauregimes .....	390
2.	Das menschliche Individuum als finales hinter den Gemeinwerten stehendes Legitimationssubjekt in den Regimen über den staatsfreien Raum .....	393
II.	Legitimität im <i>Global Administrative Law</i> -Diskurs .....	396
III.	Legitimität im <i>International Public Authority</i> -Paradigma .....	400
 Teil 3: Epilog – Die Entterritorialisierung des Völkerrechts .....		405
A.	<i>Untersuchung der These einer Entterritorialisierung völkerrechtlicher Regime</i> .....	408
I.	Entterritorialisierung in völkerrechtlichen Regimen spezifischer Räume .....	409
II.	Extraterritorialität im internationalen Menschenrechtsschutz .....	413
III.	Völkerrechtliche Regime betreffend den Schutz universeller Werte .....	417
IV.	Bewertung .....	423
B.	<i>Der Staat als Raumkategorie und als Gegenstand des Völkerrechts</i> .....	424
C.	<i>Das Element der Entterritorialisierung in den drei Modellen der Konstitutionalisierungsthese, des Global Administrative Law und der International Public Authority</i> .....	426
D.	<i>Entterritorialisierung und Gerechtigkeit</i> .....	429
 Quellenverzeichnis .....		437
A.	<i>Verzeichnis zitierter Rechtsprechung und völkerrechtlicher Regelungswerke</i> .....	437
B.	<i>Literaturverzeichnis</i> .....	446
 Stichwortverzeichnis .....		475